

# Donau-Institut Working Papers

Péter Csingár

## **Konsolidierung oder Radikalisierung? Die Geschichte der Jobbik als neue politische Kraft**

Donau-Institut Working Paper No. 28

2014

ISSN 2063-8191

**Péter Csingár**

*Konsolidierung oder Radikalisierung?*

*Die Geschichte der Jobbik als neue politische Kraft*

Donau-Institut Working Paper No. 28

2014

ISSN 2063-8191

Edited by the Donau-Institut, Budapest.

This series presents ongoing research in a preliminary form. The authors bear the entire responsibility for papers in this series. The views expressed therein are the authors', and may not reflect the official position of the institute. The copyright for all papers appearing in the series remains with the authors.

Author's address and affiliation:

*Péter Csingár*

*Doktorand / Andrassy Universität Budapest*

E-Mail: csingarp@yahoo.de

© by the author

## Inhalt

|   |    |
|---|----|
| 1. Einleitung .....   | 1  |
| 2. Von der Studentenbewegung zur Partei (1999-2003) .....   | 4  |
| 3. Die Übergangszeit und der Weg zu den Wahlerfolgen (2003-2013).....                             | 5  |
| 3.1 Die Anfänge (2003-2006) .....   | 5  |
| 3.2 Strategiewechsel (2006-2009) .....  | 6  |
| 3.3 Exkurs: die Ungarische Garde.....   | 8  |
| 3.4 Die Jahre der Erfolge (2009-2013) .....   | 12 |
| 4. Das programmatische Profil der Partei im Lichte der Radikalismus- und Extremismusforschung. 17 |    |
| 5. Ausblick .....   | 22 |

## 1. Einleitung\*

Die Parlamentswahlen in Ungarn<sup>1</sup> im Jahre 2010 haben eine tiefgehende Umwälzung und Neuordnung des Parteiensystems bewirkt<sup>2</sup>. Bis 2010 waren für das Parlament relativ stabile Parteienverhältnisse charakteristisch. Es wechselten sich sozialliberale (1994-1998; 2002-2010) und konservative Koalitionsregierungen (1990-1994; 1998-2002; 2010-) bei nahezu gleichbleibenden Parlamentsparteien ab. Die einzige Veränderung in der etablierten Parteienlandschaft brachte der mäßige Erfolg (kaum über 5%) der als rechtsradikal und antisemitisch geltenden „Magyar Élet és Igazság Pártja“ (MIÉP) [Partei der ungarischen Gerechtigkeit und des ungarischen Lebens]<sup>3</sup> unter der Führung des unlängst verstorbenen István Csurka im Jahr 1998. Sie dauerte aber nicht lange an, den Csurka's Partei schaffte es bei den Wahlen 2002 nicht, die 5% Hürde zu überwinden und konnte so nicht erneut ins Parlament einziehen. Dieses Schicksal teilte auch die „Független Kisgazdapárt“ (FKGP) [Unabhängige Kleinbauernpartei]<sup>4</sup>, die nach 12 Jahren im Parlament mit dieser Wahl in der Bedeutungslosigkeit verschwand. Ansonsten waren die „Ungarischen Demokraten“ „Magyar Demokrata Fórum“ (MDF) [Ungarisches Demokratisches Forum]<sup>5</sup>, die „Jungdemokraten“ Fidesz<sup>6</sup>, die relativ unbedeutenden „Christdemokraten“ „Kereszténydemokrata Néppárt“ (KDNP) [Christdemokratische Volkspartei]<sup>7</sup> und bis zu ihrem Ausscheiden 2002 die FKGP auf der

---

\* Der Autor wurde im Rahmen des Projektes TÁMOP-4.2.2/B-10/1-2010-0015 unterstützt.

<sup>1</sup> Eine gute Zusammenfassung über das politische System in Ungarn findet sich bei András Körösnéyi/Gábor G. Fodor/Jürgen Dieringer, *Das politische System Ungarns*, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.), *Die politischen Systeme Osteuropas*, Wiesbaden 2010, S. 357-417. Eine vertiefte Analyse bietet die Monographie von Jürgen Dieringer, *Das politische System der Republik Ungarn. Entstehung, Entwicklung, Europäisierung*, Leverkusen 2009.

<sup>2</sup> Dargestellt werden die neuesten politischen Veränderungen infolge des „2/3-Sieges“ von Fidesz im Aufsatz von Ellen Bos, *Ungarn unter Spannung. Zur Tektonik des politischen Systems*, in: *Osteuropa*, 61. Jg. (2011), H. 12, S. 39-63.

<sup>3</sup> Siehe zur Partei Andreas Bock, *Ungarn: Die „Wahrheits- und Lebenspartei“ zwischen Ethnozentrismus und Rassismus*, in: *Osteuropa* Jg. 52 (2002) H. 3, S. 280-292; Melani Barlai/Florian Hartleb, *Länderportrait: Ungarn*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch für Extremismus und Demokratie*, Band 20, Baden-Baden 2009, S. 215-234 (S. 218- 221).

<sup>4</sup> Vgl. dazu Melani Barlai/Florian Hartleb, *Länderportrait: Ungarn* a.a.O. (Fn. 3), S. 220. Vgl. dazu András Körösnéyi/Gábor G. Fodor/Jürgen Dieringer, *Das politische System Ungarns* a.a.O. (Fn. 1), S. 391 f.

<sup>5</sup> Vgl. dazu András Körösnéyi/Gábor G. Fodor/Jürgen Dieringer, *Das politische System Ungarns* a.a.O. (Fn. 1), S. 391.

<sup>6</sup> Die Partei der „Jungdemokraten“ Fidesz galt noch in der Periode 1990-1994 als ausgesprochen liberal. Die konservative Wende vollzog sich während ihrer Oppositionszeit 1994-1998. Siehe dazu aus der internationalen Literatur Jacques Rupnik, *Hungary's Illiberal Turn. How things went wrong*, in: *Journal of Democracy* 23. Jg. (2012), H. 3., S. 132-137 (S. 134 f.). Vgl. dazu András Körösnéyi/Gábor G. Fodor/Jürgen Dieringer, *Das politische System Ungarns* a.a.O. (Fn. 1), S. 393 und Jürgen Dieringer, *Das politische System der Republik Ungarn* a.a.O. (Fn. 1), S. 78.

<sup>7</sup> Vgl. dazu András Körösnéyi/Gábor G. Fodor/Jürgen Dieringer, *Das politische System Ungarns* a.a.O. (Fn. 1), S. 391.

konservativen, die „Sozialisten“, „Magyar Szocialista Párt“ (MSZP) [Ungarische Sozialistenpartei]<sup>8</sup> und die „Liberalen“, „Szabad Demokrata Szövetség“ (SZDSZ) [Bund der freien Demokraten]<sup>9</sup>, auf der sozialliberalen Seite des Parteienspektrums zu verorten.

Zwischen 2002 und 2010 regierte die MSZP in Koalition – bis zu ihrem Ausstieg 2009 – mit der SZDSZ. Die ersten bedeutenden Machtverschiebungen deutete schon die Wahl zum Europaparlament 2009 unmissverständlich an. Hier lag die regierende MSZP weit hinter der oppositionellen Fidesz und nahezu gleichauf mit Kraft der „Nationalradikalen“, „Jobbik Magyarorszáért Mozgalom“ (Jobbik) [Bewegung für ein besseres Ungarn].

Die Parlamentswahl ein Jahr danach, 2010, bestätigte die sich abzeichnenden Veränderungen.<sup>10</sup> Die Fidesz-KDNP Koalition errang 52,73% der Stimmen und kam damit infolge des dem deutschen Wahlverfahren im Grundsatz ähnlichen in Ungarn personalisierten Verhältniswahlrechts<sup>11</sup> zu einer Zweidrittelmehrheit (68% der Parlamentssitze), während die MSZP auf 19,30% zurückfiel. Die an der Transformation 1989/1990 entscheidend beteiligten SZDSZ und MDF meisterten die 5% Hürde nicht und verschwanden rasch in der Bedeutungslosigkeit. Neu ins Parlament gewählt wurden zwei Protestparteien unterschiedlicher Provenienz: die „Alternativen“, „Lehet más a politika“ (LMP) [Politik kann anders sein]<sup>12</sup> mit 7,48 % und die nationalradikale JOBBIK mit 16,67% der Stimmen. Zwei Jahrzehnte nach der Systemtransformation markiert solch eine Neuordnung der Parteienlandschaft eine Zäsur<sup>13</sup>. Für die neue Ära im Parteigeschehen stehen neben der

---

<sup>8</sup> Vgl. dazu András Körösenyi/Gábor G. Fodor/Jürgen Dieringer, *Das politische System Ungarns* a.a.O. (Fn. 1), S. 394 f.

<sup>9</sup> Jürgen Dieringer, *Das politische System der Republik Ungarn* a.a.O. (Fn. 1), S. 76 f.

<sup>10</sup> Alle amtliche Wahlergebnisse seit 1990 (Parlamentswahlen, Kommunalwahlen, EP-Wahlen, Volksabstimmungen) sind auf der Homepage ([www.valasztas.hu](http://www.valasztas.hu)) der ungarischen Wahlbehörde [Országos Választási Bizottság] frei zugänglich – auch in englischer Sprache. Alle Daten zu den Wahlergebnissen wurden von dort entnommen.

<sup>11</sup> Dieringer bezeichnet das ungarische Wahlsystem im Gegensatz zum personalisierten Verhältniswahlssystem allerdings als ein „Grabenwahlsystem“. Vgl. Jürgen Dieringer, *Das politische System der Republik Ungarn* a.a.O. (Fn. 1), S. 96 f. Nach hiesiger Ansicht kann aber das ungarische Wahlsystem deshalb als personalisiertes Verhältniswahlssystem - jedenfalls seinem Grundzug nach - betrachtet werden, weil es unstrittig eine Kombination von Mehrheitswahl und Verhältniswahl darstellt.

<sup>12</sup> Eine kurze Darstellung der Partei findet sich bei Zoltán Kiszelly, *Laboratorium der Politik. Ungarns Parteien und ihre Wähler*, in: *Osteuropa*, 61. Jg. (2011), H. 12, S. 167-175 (S. 169 f.). Hervorgehoben wird dort vor allem die ökologisch-liberale Ausrichtung der Partei und ihr Eintritt für Frauenrechte.

<sup>13</sup> Attila Juhász, *A Jobbik politikájának szerepe a pártrendszer változásában – különös tekintettel a cigánybűnözés-kampányra*, in: Péter Sándor/László Vass (szerk.), *Magyarország Politikai Évkönyve 2009-ről. Kormányzat, Közpolitika, Közélet*, Budapest 2010, S. 61-64 (S. 61) stellt diese Zäsur schon für das Jahr 2009 fest. Die EP-Wahlen hätten schon deutlich die Neuordnung und den Rechtsruck der Parteilandschaft gezeigt (Fidesz errang dreimal so viel Stimmen wie die regierende MSZP; Jobbik lag dicht hinter MSZP).

qualifizierten Mehrheit der Koalition insbesondere die zwei neuen, ins Parlament gewählten Parteien.

Dieser Beitrag widmet sich hauptsächlich der Partei Jobbik. Es werden insbesondere zwei Schwerpunkte gesetzt. Den ersten Schwerpunkt bildet die Geschichte der Partei, ihre Programmatik und ihr Weg zu den Wahlerfolgen. Es handelt sich hierbei um eine Partei, die gerade einmal über eine zehnjährige Geschichte verfügt. Ihr gelang es dennoch, innerhalb der letzten Jahre maßgeblichen Einfluss auf die politischen Entwicklungen in Ungarn auszuüben. Jobbik hat nicht nur die Politik wieder auf die Straße gebracht, sondern auch das Agenda-Setting der ungarischen Politik durcheinander gewirbelt. Dies gelang ihr anfangs mittels der sehr gewagten und umstrittenen programmatischen Begriffe der „Zigeuner- und Politikerkriminalität“. Die Partei hat damit die politische Kultur in Ungarn weiter aufgebrochen und wusste dies in der Folge zu ihrem Vorteil zu nutzen, indem sie sich den Kampf gegen Tabus, welche die Eliten dem Volk aufgezwungen hätten, auf ihre Fahne schrieb. Mit der Gründung der Ungarischen Garde und einer vollkommen neuartigen Thematisierung des öffentlichen Raumes errang sie bedeutende Wahlerfolge. Sie schaffte es zudem, in der europäischen Öffentlichkeit und darüber hinaus Aufmerksamkeit zu erregen. Die neuesten demoskopischen Untersuchungen zeugen von einer weiterhin stabilen Unterstützung<sup>14</sup> für die Partei.

Der zweite Schwerpunkt betrifft die Verortung der Partei in der Radikalismus- und Extremismusforschung. Anhand der maßgeblichen Entwicklungslinien in der Forschung soll ein Versuch unternommen werden, den Platz der Jobbik darin zu kontextualisieren. Der Aufsatz hat das Ziel, zur Aufklärung über die Entwicklung und die Gegenwart der mittlerweile zur drittstärksten Parlamentspartei gewordenen Jobbik beizutragen. Daneben unternimmt er den Versuch, Ergebnisse der Radikalismusforschung auf die Jobbik anzuwenden.

---

<sup>14</sup> Nézőpont Intézet [Nézőpont Institut] hat im Zeitraum vom 6. bis zum 10. Mai dieses Jahres eine repräsentative Umfrage durchgeführt (Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Wahlen stattfänden?). Dem Ergebnis zufolge hält Jobbik ihren dritten Platz: 1. Fidesz-KDNP (39%), 2. MSZP (16%), 3. Jobbik (13%), 4. Együtt 2014 – PM (10%), 5. LMP (6%).

Die Datei der Umfrage ist frei abrufbar unter: [http://nezopointezet.hu/files/2013/05/Nem-%C3%Agrz%C5%91dik-a-trafik%C3%BCgy-hat%C3%A1sa\\_-a-N%C3%A9z%C5%91pont-Int%C3%A9zet-legfrissebb-k%C3%B6zvet%C3%A9g%C3%A9ny-kutat%C3%A1sa.pdf](http://nezopointezet.hu/files/2013/05/Nem-%C3%Agrz%C5%91dik-a-trafik%C3%BCgy-hat%C3%A1sa_-a-N%C3%A9z%C5%91pont-Int%C3%A9zet-legfrissebb-k%C3%B6zvet%C3%A9g%C3%A9ny-kutat%C3%A1sa.pdf) (Abruf am 17.05.2013). Együtt 2014 – PM ist ein seit einigen Monaten existierendes außerparlamentarisches Wahlbündnis angeführt vom ehemaligen Premierminister Gordon Bajnai.

## 2. Von der Studentenbewegung zur Partei (1999-2003)

Jobbik wuchs aus einer Studentenorganisation zur Partei. Die Organisation hieß „Jobboldali Ifjúsági Közösség“<sup>15</sup> [Gemeinschaft rechter Jugend] und wurde 1999 von Studenten der geisteswissenschaftlichen Fakultät der Eötvös Lóránd Tudományegyetem [Eötvös Lóránd Universität] in Budapest gegründet. Die ELTE gehört zu den bekanntesten und renommiertesten Universitäten in Ungarn; ihre geisteswissenschaftliche Fakultät ist landesweit wohl die am höchsten angesehene. Die Gründung der Jobboldali Ifjúsági Közösség fiel in die Zeit der konservativen Legislaturperiode (1998-2002) der Fidesz-MDF-FKGP-Koalition. Rechts von der Koalition stand zu diesem Zeitpunkt die schon oben erwähnte nationalistisch ausgerichtete MIÉP von István Csurka.

Die Mitglieder der damaligen Studentenorganisation waren hauptsächlich damit beschäftigt, Politiker der regierenden Koalition und der MIÉP an die Universität zu Vorträgen und Diskussionsabenden einzuladen. Ihr Ziel bestand in der Unterstützung der rechtskonservativen Koalition und im Ausbau und der Pflege der nationalen Identität der Studenten. Über ein landesweites Netzwerk, eine straffe Organisation oder finanzielle Mittel verfügte die Organisation nicht.

Die Motivation zur Parteigründung war durch die Veränderung der politischen Konstellation in Ungarn bedingt. 2002 verlor Fidesz trotz günstiger Umfragewerte und wider der Erwartungen des konservativen Lagers die Wahlen knapp und musste damit in die Opposition. Die Enttäuschung war denkbar groß.<sup>16</sup> Die radikal national profilierte MIÉP schied zudem aus dem Parlament aus. Die Koalition aus Sozialisten und Liberalen (MSZP-SZDSZ) wurde im radikalen Lager als die kaum erträgliche Rückkehr der Kommunisten empfunden.<sup>17</sup> Mit dem Ausscheiden der MIÉP aus dem

---

<sup>15</sup> Das Mosaikwort „JOBBIK“ galt schon damals für die Bezeichnung der Studentenorganisation. Sie wurde auch nach der Parteigründung beibehalten. Es hat sich nur der Name dahinter von „Jobboldali Ifjúsági Közösség“ zu „Jobbik Magyarországért Mozgalom“ gewandelt.

<sup>16</sup> In diese Zeit fiel auch die erste Aufsehen erregende Aktion der radikalen, rechtsgerichteten Jugend, die 2002 die Elisabeth-Brücke in Budapest abspernte mit der Forderung zur Neuzählung der Wahlstimmen. Der damalige Anführer der Demonstranten György Budaházy ist mittlerweile zur Kultfigur der Szene aufgestiegen (er moderiert bspw. eine eigene Radiosendung auf Szent Korona Rádió ([www.szentkoronaradio.com](http://www.szentkoronaradio.com)). Detailliert zur rechten Subkultur in der online-Welt siehe József Jeskó/Judit Bakó/Zoltán Tóth, A radikális jobboldal webes hálózatai. (Jobbik: Egy network-párt természetrajza), in: Politikatudományi Szemle XXI. Jg. (2012), H. 1., 81-101.

<sup>17</sup> Im Gründungsdokument hat sich diese Sicht der Dinge gleich zu Beginn niedergeschlagen: „Heute ist es immer noch nicht zur Systemtransformation gekommen [...] Die Funktionsbedingungen des Staates und der Verwaltung haben sich zwar verändert, aber das Netzwerk, welches das Land unter dem Kommunismus geleitet hat, hat seine Macht bewahrt. Wir können auch nach 1990 nicht von einer wahren Demokratie sprechen, denn auf den Gebieten des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft, der Medien und der Kultur existiert keine natürliche, auf persönliche Eignung beruhende Selektion; diese wird weiterhin vom Netz der alten

Parlament empfand man zudem eine entscheidende Schwächung der radikalen und nationalen Linie.

Die Antwort der Studenten lag in der Gründung der Partei JOBBIK am 24.10.2003 mit dem offiziellen Namen: Jobbik Magyarorszáért Mozgalom. Die Namensgebung unterliegt dabei einer aus dem Wort „jobbik“ folgenden Doppeldeutigkeit. Denn „jobbik“ kann sowohl „besser“ als auch „rechter“ bedeuten.<sup>18</sup> Demgemäß kann die Partei als „Bewegung für ein besseres Ungarn“ oder als „Bewegung für ein rechteres Ungarn“ verstanden werden.

### 3. Die Übergangszeit und der Weg zu den Wahlerfolgen (2003-2013)

#### 3.1 Die Anfänge (2003-2006)

Die erste Aufsehen erregende parteipolitische Aktion bestand im Errichten von sog. Doppelkreuzen auf öffentlichen Plätzen zur Adventszeit Ende 2003. Die Aktion fand also bereits einige Wochen nach der Parteigründung statt und hatte zum erklärten Ziel, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf die christlichen Wurzeln der Weihnachtszeit zu lenken und stieß auf ein sehr kontroverses und breites Medienecho.<sup>19</sup> Die Jobbik begann sich damit als konservativ-christliche Partei zu profilieren, verbunden mit der Bereitschaft Politik auf die Straße zu tragen. Die Errichtung dieser Doppelkreuze ist seitdem zu einer jährlich – zur Adventszeit – wiederkehrenden Tradition der Partei geworden.

Wie und ob sich diese ersten Schritte in Wahlerfolgen niedergeschlagen hätten, lässt sich nicht mehr beurteilen, weil die Partei sich weigerte, an den Europaparlamentswahlen 2004 teilzunehmen. Als Grund für die Nicht-Teilnahme wurde der verfrühte EU-Beitritt Ungarns – Ungarn ist am 01.05.2004 der EU beigetreten – angegeben. Tatsächlich war wohl die Partei noch zu schwach, um einen Wahlkampf mit geeigneten Kandidaten zu organisieren.<sup>20</sup> Denn die sich bereits abzeichnende euroskeptische Position der Partei erwies sich später nicht mehr als ein Hindernis, um an den fünf Jahre später abgehaltenen Europawahlen (2009) teilzunehmen.

---

politischen, wirtschaftlichen und verwandtschaftlichen Verbindungen umspannt.“ Auffindbar bspw. auf: [www.jobbik.hu](http://www.jobbik.hu) (Abruf am 12.05.2013) (Übersetzung des Autors, P. Cs.).

<sup>18</sup> Die Grundform von „jobbik“ ist „jó“, was „gut“ bedeutet. Die Steigerung des Adjektivs verläuft folgendermaßen: jó (gut) – jobb (besser/rechter) – jobbik (der bessere/rechtere).

<sup>19</sup> András Bíró Nagy/Dániel Róna, Tudatos radikalizmus. A Jobbik útja a parlamentbe, 2003-2010, in: András Láncki (Hrsg.) Nemzet és radikalizmus. Egy új pártcsalád felemelkedése, Budapest 2011, S. 242-283 (S. 245).

<sup>20</sup> András Bíró Nagy/Dániel Róna, Tudatos radikalizmus. A Jobbik útja a parlamentbe, 2003-2010, a.a.O. (Fn. 20), S. 245.



Jobbik konnte als außerparlamentarische Kraft in der ersten Regierungszeit der MSZP-SZDSZ-Koalition (2002-2006) insgesamt kaum öffentlich wahrnehmbare Akzente setzen und blieb weitestgehend im Schatten der parlamentarischen Parteien. Für die ungarischen Parlamentswahlen 2006 trat sie gemeinsam mit der MIÉP unter dem Namen „MIÉP – Jobbik a Harmadik út“ [MIÉP – Jobbik der dritte Weg] an. Das Wahlbündnis erreichte lediglich einen Stimmenanteil von 2,2%, womit es die parlamentarische Sperrklausel von 5% deutlich verfehlt hat. Gewonnen hat die vorherige Koalition mit knapper Mehrheit unter der Anführung von Ferenc Gyurcsány.

### 3.2 Strategiewechsel (2006-2009)

Nach der Wahlniederlage 2006 wurde das Wahlbündnis mit der MIÉP aufgelöst. Einige Monate später, im Herbst 2006 wurde Gábor Vona zum neuen Parteivorsitzenden gewählt, während der vormalige Parteichef Dávid Kovács, der eine gemäßigttere Linie vertrat zum Vizepräsidenten wurde.<sup>21</sup> Die Wahl Vona's errang eine ungeahnte Bedeutung, weil sie genau in die Zeit der das Land spaltenden „Lügenrede von Öszöd“ des damaligen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány<sup>22</sup> fiel. Der auf die Lügenrede unmittelbar folgende „Heiße Herbst“ 2006 in Ungarn gewann durch die zahlreichen zum Teil gewaltsamen Demonstrationen und Straßenschlachten<sup>23</sup> auch internationale Aufmerksamkeit<sup>24</sup>. Er wird als der Anfang einer moralischen, wirtschaftlichen und politischen Krise

---

<sup>21</sup> Der Jobbik-Gründer Kovács trat 2008 aus der Partei aus. Er tat dies aus Protest gegenüber dem Aufbau und Wirken der Ungarischen Garde (s.u.), die seiner Meinung nach die Jobbik in den Hintergrund gedrängt hat. Ihm haben sich noch zwei andere Gründungsmitglieder angeschlossen (Ervin Nagy, Márton Fári). Der offene Brief zum Austritt ist nachzulesen unter: [www.nol.hu/archivum/archiv-484469](http://www.nol.hu/archivum/archiv-484469) (Abruf am 17.05.2013).

<sup>22</sup> Die Rede ist am 17.09.2006 publik geworden. Der bekannteste Teil der Rede lautet wie folgt: „Wir haben keine Wahl. Und zwar, weil wir es versaut haben. Nicht ein bisschen, sondern sehr sogar. In Europa hat kein Land so einen Unfug getrieben wie wir. Es mag dafür eine Erklärung geben. Wir haben offensichtlich in den vergangenen anderthalb bis zwei Jahren von Anfang bis Ende gelogen. Es war vollkommen klar, dass das, was wir sagten, nicht die Wahrheit war. (...) Und im Übrigen haben wir vier Jahre lang überhaupt nichts getan. Gar nichts. Ich kann euch keine einzige Regierungsmaßnahme nennen, auf die wir stolz sein können, abgesehen davon, dass wir am Ende das Regieren aus der Scheiße wieder hochbringen konnten. Überhaupt nichts. Wenn wir dem Lande gegenüber Rechenschaft ablegen müssen darüber, was wir im Verlaufe der letzten vier Jahre taten, was sagen wir denn dann?“ (Hervorhebungen vom Autor, P. Cs.). Größere Auszüge (von dort ist auch das obige Zitat entnommen) aus der Rede von Balatonöszöd in deutscher Sprache sind frei zugänglich auf: <http://www.taz.de/1/archiv/archiv/?dig=2006/09/25/a0114> (Abruf am 16.05.2013). Auf Ungarisch ist die vollständige Rede abgedruckt bspw. in *Népszabadság* von 26.05.2007.

<sup>23</sup> Jürgen Dieringer, *Das politische System der Republik Ungarn*, a.a.O (Fn 1), S. 239.

<sup>24</sup> Eine Auswahl aus der internationalen Publizistik: *Washington Post* (v. 24.10.2006), *Violence Mars Anniversary of '56 Revolt in Hungary*: Pablo Gorondi, <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/10/23/AR2006102301478.html> (Abruf am 16.05.2013); *El Pais* (v. 20.09.2006), *El primer ministro húngaro se resiste a dimitir tras graves protestas callejeras*: Cecilia Jan, [http://elpais.com/diario/2006/09/20/internacional/1158703206\\_850215.html](http://elpais.com/diario/2006/09/20/internacional/1158703206_850215.html) (Abruf am 16.05.2013); *Le Monde* (v. 23.10.2006) *Echauffourées à Budapest en marge de l'anniversaire du soulèvement de 1956*, [http://www.lemonde.fr/europe/article/2006/10/23/echauffourees-a-budapest-en-marge-de-l-anniversaire-dusoulevement-de-1956\\_826820\\_3214.html?xtmc=gyurcsany&xtcr=74](http://www.lemonde.fr/europe/article/2006/10/23/echauffourees-a-budapest-en-marge-de-l-anniversaire-dusoulevement-de-1956_826820_3214.html?xtmc=gyurcsany&xtcr=74) (Abruf am 16.05.2013); *The Guardian* (v. 20.09.2006), *50 hurt in second night of riots in Budapest*: Daniel McLaughlin,

der Nachwendezeit gedeutet. Die Lügenrede hatte „die ungarische Politik in eine tiefe Vertrauenskrise gestürzt“<sup>25</sup>.

Mit der Wahl Gábor Vona's wurde die Partei für die Öffentlichkeit um vieles sichtbarer, als dies zuvor der Fall gewesen war. Die Beteiligung der Jobbik und ihrer Anhänger im Heißen Herbst waren dabei der Anfang. Sie sicherten ihr inmitten der Demonstrationen und zum Teil gewaltsamen Zusammenstöße mit der Polizei eine landesweit wahrnehmbare Stimme<sup>26</sup>. Während sich Fidesz aus der Sicht der Jobbik zu gemäßigt in der revolutionären Situation<sup>27</sup> verhielt und nur abwartete, gelang es der Jobbik sich als einzige radikale, nationale Kraft und als Widerstandsbewegung gegen die Regierung des Ferenc Gyurcsány zu positionieren. Sie forderte den Rücktritt der Vaterlandsverräter und die Einstellung des Polizeiterrors gegen die demonstrierenden Patrioten<sup>28</sup>.

---

<http://www.guardian.co.uk/world/2006/sep/20/2?INTCMP=SRCH> (Abruf am 16.05.2013); Sueddeutsche Zeitung, UnruhenVolksprotest stürzt Ungarn in die Krise, <http://www.sueddeutsche.de/politik/unruhen-volksprotest-stuerzt-ungarn-in-die-krise-1.743655> (Abruf am 16.05.2013).

<sup>25</sup> András Körösesny/Gábor G. Fodor/Jürgen Dieringer, Das politische System Ungarns a.a.O. (Fn. 1), S. 375. Ähnlich András Bozóki, Autoritäre Versuchung. Die Krise der ungarischen Demokratie, in: Osteuropa, 61. Jg. (2011), H. 12, S. 65-87 (S. 70) und Attila Juhász, A Jobbik politikájának szerepe a pártrendszer változásában – különös tekintettel a cigánybűnözés-kampányra a.a.O. (Fn. 14), S. 62; József Bayer, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in der ungarischen Politik, in: Studies in Political Culture/Studien zur politischen Kultur, Jg. 3 (2013), H.1, S. 37-53 diagnostiziert ebenfalls eine Vertrauenskrise (S. 44); Péter Smuk, Magyar közjog és politika, 1989-2011, Budapest 2011, S. 293 f.

<sup>26</sup> András Bíró Nagy/Dániel Róna, Tudatos radikalizmus. A Jobbik útja a parlamentbe, 2003-2010, a.a.O. (Fn. 20), S. 246; Jamie Bartlett/Jonathan Birdwell/Péter Krekó/Jack Benfield/Gabor Gyori, Populism in Europe: Hungary, London 2012, S. 25; Lili Zentai, Utolsó előre fuss! A Jobbik hajrája 2010-ben, in: Gabriella Szabó/Zsuzsanna Mihályffy/Balázs Kiss (Hrsg.), Kritikus kampány. A 2010-es országgyűlési választások elemzése, Budapest 2011, S. 69-85 (S. 70 f.). Eine tabellarische Auflistung und prozentuale Auswertung der Headlines von den bedeutenden Medienorganen in Ungarn, die sich mit dem Thema „Jobbik“ beschäftigten, findet sich bei Gergely Karácsony/Dániel Róna, A Jobbik titka. A szelsőjobb magyarországi megerősödésének lehetséges okairól, in: Politikatudományi Szemle, XIX. Jg. (2010), H. 1, S. 31 – 63 (S. 50 f.). Daraus wird u.a. ersichtlich, dass die Headlines über die Tätigkeiten der Ungarischen Garde die Berichterstattung in wiederkehrenden Intervallen dominierten.

<sup>27</sup> Die Demonstrationen und gewaltsamen Auseinandersetzungen in Oktober 2006 gewannen durch die Parallelisierung der Ereignisse mit dem Aufstand von Oktober 1956 (50. Jahrestag) damals – gegen die sowjetgeprägte kommunistische – Diktatur an Symbolik hinzu.

<sup>28</sup> Für eine erhebliche Verwicklung der Parteisympathisanten in die gewaltsamen Auseinandersetzungen spricht auch der Umstand, dass Jobbik in ihrem Parteiprogramm von 2010 „Radikale Veränderung“ [Radikális változás] explizit Bezug (S. 86 f.) nimmt auf die „polizeiliche Brutalitäten“ (S. 88) in Herbst 2006 und auf „Rechtsverstöße von Richtern und Staatsanwälten“ (ebd.). Diese will sie aufklären, die Verantwortlichen aus ihren Ämtern entfernen und die beteiligten Bürger zivilrechtlich entschädigen (ebd.). In einem Dokumentarfilm über Jobbik bekräftigt auch der Parteivorsitzende Gábor Vona, dass „wir den Herbst 2006 nötig gehabt haben, viele sind zu dieser Zeit erwacht“. Der Film heißt „A jobbik nemzedék“ [die bessere Generation] und ist auf youtube frei zugänglich: <http://www.youtube.com/watch?v=R3ofmLzFslY> (Abruf am 17.05.2013).

### 3.3 Exkurs: die Ungarische Garde

Der nächste Schritt war die Gründung der berühmt-berüchtigten Magyar Gárda [Ungarischen Garde] im Sommer 2007. Dieser wird neben den sozioökonomischen Faktoren<sup>29</sup> als einer der wichtigsten Gründe für das Emporsteigen der Partei und ihren Wahlerfolg 2009 bei den EP-Wahlen bezeichnet<sup>30</sup>. Die Ungarische Garde wurde offiziell als Verein und Bewegung<sup>31</sup> zur Pflege und Bewahrung nationaler Traditionen (bspw. Pflege von Kriegsgräbern) gegründet. Sehr bald errang sie aber eine ganz andere Bedeutung und wurde zu einer Art landesweiten, nationalen Bürgerwehr mit militärischem Einschlag umfunktioniert. Die neuen Mitglieder wurden auf die ungarische Krone vereidigt und nach quasi-militärischen Organisationsgesichtspunkten geführt. Sie sollte auch das Personal für eine zukünftig zu gründende Csendőrség<sup>32</sup> [Gendearmarie] bereitstellen<sup>33</sup>. Die Idee von

---

<sup>29</sup> József Bayer, *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in der ungarischen Politik*, a.a.O. (Fn. 26) fasst diese in „andauernde wirtschaftliche Rezession, soziale Verunsicherung, Statuspanik der sinkenden Mittelklasse“ zusammen (S. 44).

<sup>30</sup> András Bíró Nagy/Dániel Róna, *Tudatos radikalizmus. A Jobbik útja a parlamentbe, 2003-2010*, a.a.O. (Fn. 20), S. 247 und S. 255; Gergely Karácsony/Dániel Róna, *A Jobbik titka. A szelsőjobb magyarországi megerősödésének lehetséges okairól*, a.a.O., (Fn. 27), S. 50 f. Zoltán Balczó, *A Jobbik EP-kampánya a résztvevő szemével*, in: Péter Sándor/László Vass (szerk.), *Magyarország Politikai Évkönyve 2009-ről. Kormányzat, Közpolitika, Közélet*, Budapest 2010, S. 93-94 (94). Roland Kisgyőri, *Az egyiknek sikerül – a Jobbik és a kis pártok 2009-ben*, in: Péter Sándor/László Vass (szerk.), *Magyarország Politikai Évkönyve 2009-ről. Kormányzat, Közpolitika, Közélet*, Budapest 2010, S. 51-55 (52); Jamie Bartlett/Jonathan Birdwell/Péter Krekó/Jack Benfield/Gabor Gyori, *Populism in Europe: Hungary*, a.a.O. (Fn. 27), S. 25 f. Attila Juhász, *A Jobbik politikájának szerepe a pártrendszer változásában – különös tekintettel a cigánybűnözés-kampányra*, a.a.O. (Fn. 14.) S. 61 f. stellt zwar vordergründig auf die Einführung und Thematisierung der „Zigeunerkriminalität“ ab und lässt die Bedeutung der Garde außen vor. Ob die Betonung auf der Garde oder auf der „Zigeunerkriminalität“ liegt, ist marginal, denn die Garde war aber bis zu ihrem Verbot der maßgebliche und „glaubhafte“ Träger des Themas und ist mit diesem deshalb hochgradig synonym.

Die Tätigkeit der Garde und die Forcierung der „Zigeunerkriminalität“ in der Öffentlichkeit traf freilich auch in der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden. Laut einer Ende 2005 erfolgten Datenerhebung waren 62% mit der Aussage einverstanden, dass die Roma die „Neigung zur Kriminalität in ihrem Blut“ hätten. Vgl. dazu Attila Juhász, *A Jobbik politikájának szerepe a pártrendszer változásában – különös tekintettel a cigánybűnözés-kampányra* a.a.O. (Fn. 14.), S. 62.

<sup>31</sup> Die Ungarische Garde war juristisch getrennt in Verein und Bewegung; letztere hatte (nach Ansicht der Jobbik Anwälte) keine juristische Form. Damit wollte man ein drohendes Vereinsverbot abwenden mit der Begründung, dass eine Bewegung nicht unter das Vereinsgesetz falle. Das erstinstanzliche Verbotsurteil vom 16.12.2008 (19.P.26.453/2007/126) durch das Budapester Gericht [Fővárosi Bíróság] hat sich diese Sicht auch zu eigen gemacht. Sein Verbotsurteil bezog sich folglich nur auf den Verein und ließ die Bewegung vom Verbot unberührt. Das rechtskräftige Urteil vom Berufungsgericht v. 02.07.2009 (5.Pf.20.738/2009/7) erstreckte das Verbot dann aber auch auf die Ungarische Garde als Bewegung mit der Begründung, diese operiere innerhalb der „Mutterorganisation“ (Ungarische Garde als Verein).

<sup>32</sup> Die ungarische Csendőrség [Gendarmerie] war eine nach französischem und österreichischem Vorbild gegründete polizeilich-militärische Organisation (1881-1945) mit entsprechender Aufgabenzuweisung. Sie verrichtete ihren Dienst auf dem Land und war dem Innenministerium und dem Verteidigungsministerium unterstellt. Ihr Erscheinungsbild war sehr charakteristisch: die Uniformierten hatten auf ihre Hüten die Feder eines Hahnes. Der ungarischen Gendarmarie eilte zur damaligen Zeit ein sehr strenger Ruf voraus. Die Aufklärungsquoten der Straftaten galten nach damaligen statistischen Erhebungen als sehr hoch (über 90%), ihre Verhörmethoden umso weniger dem Rechtsstaatsprinzip verbunden. Ihre Rolle in der ungarischen Geschichte ist noch nicht voll erforscht, ihre Bewertung jedenfalls sehr umstritten. Dies gilt einerseits für die

der Neuerschaffung der Csendőrség dient der Verbreitung und Bedienung von autoritären und effizienzbasierten Ordnungsvorstellungen, welche man mit dieser Organisation immer noch verbindet. Der erste „Hauptkapitän“ [Főkapitány] der Ungarischen Garde, István Dósa, hat selber als Offizier mehrere Jahre in der ungarischen Armee gedient. Die Gardisten mussten das Marschieren in geordneten Formen lernen, sich auf Disziplin besinnen und wurden zum Gehorsam gegenüber ihren Vorgesetzten verpflichtet. Sie trugen eine einheitliche Uniform: schwarze Hose, weißes Hemd, schwarze Weste auf deren Rücken ein Löwe abgebildet war, vorne ein Schild mit den Árpád-Streifen, schwarze Kappe. Die Führungsriege bestand aus den Kapitänen der einzelnen Komitate; sie wählten den „Hauptkapitän“.

In der Öffentlichkeit war Jobbik stets bemüht, die Garde als eine von ihr unabhängige und von unten kommende zivile Bewegung darzustellen, als eine von den Parteien losgelöste und von Bürgern organisierte Bürgerwehr, die sich letztlich gegen die unhaltbaren Zustände in der öffentlichen Sicherheit in Ungarn wehre, weil der Staat selber nicht Willens oder geeignet sei, einzugreifen. Formell hat man die Unabhängigkeit voneinander beteuert, inhaltlich die „brüderliche Verbundenheit“ betont<sup>34</sup>. Das war nicht nur der politischen Taktik geschuldet, sondern auch eine juristische Konstruktion, mittels derer man ein mögliches Vereinsverbot abwenden wollte (siehe Fn. 32).

Das zentrale Thema von Garde und Jobbik wurde sehr rasch die ihrer Meinung nach mangelnde öffentliche Sicherheit<sup>35</sup> - vor allem auf dem Lande -, verursacht durch die ausufernde Zigeunerkriminalität<sup>36</sup>.

---

oft mit Gewalt begleiteten Verhörmethoden, ihre einwirkende Rolle bei den offenen Parlamentswahlen auf dem Land und ihre Rolle im zweiten Weltkrieg bzgl. der Bewachung, Enteignung und Ermordung der Ungarn jüdischer Abstammung. Über die gesamte Geschichte, Organisation, Struktur und Personal der Csendőrség klärt die unlängst erschienene Monographie von József Parádi, *A magyar királyi csendőrség*. Budapest 2012 auf (zur Statistik siehe S. 138, zum Einfluss der französischen und österreichischen Vorbilder S. 27 f.). Zur Rolle der Csendőrség insbesondere ihre Beteiligung bei den Deportationen und Vollzug der Judengesetze betreffend, siehe den Aufsatz von Ferenc Kaiser, *A csendőrség a Horthy-korban, 1919-1945*, in: *Rubicon*, Jg. XX. (2010), H. 202, S. 14-25.

<sup>33</sup> „Radikális változás“ [Radikale Veränderung], S. 71.

<sup>34</sup> Dass die Garde das Kind von Jobbik war, hat auch zur damaligen Zeit niemand bestritten. Wie stark jedoch die Verbundenheit zwischen Partei und Verein/Bewegung war, konnte man schon daran ablesen, dass der erste „Hauptkapitän“ deshalb gehen musste, weil er tatsächlich auf eine größere Unabhängigkeit gegenüber der Partei bestand und die Garde nicht mehr als „verlängerten Arm“ der Partei führen wollte.

<sup>35</sup> Statistisch gesehen ist in Ungarn die Kriminalität mehr oder minder auf dem Niveau von 1990. Einen kurzweiligen Anstieg kann man Ende der 1990-er Jahre verzeichnen (siehe die Daten vom Központi Statisztikai Hivatal [Zentralbehörde für Statistik]: <http://www.ksh.hu/docs/hun/xftp/idoszaki/mo/mo2011.pdf#page=72> (Abruf am 21.05.2013), dort auf S. 71. Nach der Meinung von Jobbik (siehe im Parteiprogramm „Radikális változás“ [Radikale Veränderung] S. 66

Die hauptsächliche Tätigkeit der Garde bestand dementsprechend in der Lösung des Kriminalitätsproblems, das sie durch aufmerksamkeitswirksame Aufmärsche in meistens kleineren Dörfern mit einem hohen Anteil an ungarischen Roma zu thematisieren und Lösen gedachte. Den Grund dazu bildeten einerseits vermutlich von Roma begangene Straftaten in diesen Orten<sup>37</sup>, andererseits wurde die Garde oft nur angeblich von Ortsansässigen zur Hilfe gerufen, damit sie Präsenz zeige und auf die unhaltbaren Zustände der öffentlichen Sicherheit aufmerksam mache. Die Aufmärsche der Garde wurden regelmäßig durch die von ungarischen Roma bewohnten Siedlungen organisiert und durch eine massive Polizeipräsenz begleitet. Nach den Märschen wurden Reden von Gardisten, Jobbik-Politikern und Sympathisanten gehalten, deren Schwerpunkt auf der Bekämpfung und Zurückdrängung von Zigeunerkriminalität und Zigeunerterror lag. Das Medienecho war – auch international – riesig. Letztlich führten diese Aufmärsche und die anschließend gehaltenen Reden zum erstinstanzlichen Verbot der Ungarischen Garde im Dezember 2007. Sie konnte jedoch bis zum rechtskräftigen Verbot durch das Budapester Berufungsgericht im Juli 2009 weiter wirken.

Das rechtskräftige Verbotsurteil erging aufgrund des ungarischen Vereinsgesetzes in Verbindung mit der Verfassung und warf der Garde Hetzreden und konfliktgenerierende Aufmärsche vor, welche darauf abzielten, die ungarischen Roma auf ethnischer Grundlage generell als Kriminelle abzustempeln. Diese zum Programm erhobene Ausgrenzung, verbunden mit Aufmärschen der uniformierten Gardisten, steht im Widerspruch zum Prinzip der demokratischen Rechtsstaatlichkeit, weil sie das staatliche Gewaltmonopol in Zweifel zieht. Sie führt darüber hinaus zu einem Grundrechtsverstoß derjenigen ungarischen Roma, die eingeschüchtert vor Ort als „gefangenes Publikum“<sup>38</sup> die Aufmärsche und diskriminierende Reden der Gardisten ertragen mussten. Der Grundrechtsverstoß bestand nach den Ausführungen des Gerichts an der Einschränkung der öffentlichen Sicherheit, die durch gegen die ortsansässige Roma Bevölkerung gerichteten, Furcht erregenden Aufmärsche und hetzerischen Reden beeinträchtigt wurde, weil diese geeignet waren in

---

sind aber die polizeilichen Statistiken manipuliert und damit nicht maßgeblich. Man beruft sich auf das den statistischen Werten nicht entsprechende Sicherheitsgefühl der Menschen.

<sup>36</sup> Festzuhalten ist, dass außer Jobbik alle Parlamentsparteien die Verwendung dieses Begriffes aufgrund seiner rassistischen und abstempelnden Deutungsmöglichkeit – er verbindet eine Ethnie mit der Verursachung von Kriminalität – ablehnen. Dem entgegen berief sich Jobbik darauf, dass sie den Begriff im „kriminologischen Sinne“ gebrauche und nicht im ethnischen.

<sup>37</sup> Die bekanntesten Orte: Olaszliszka, Kerepes, Tatárszentgyörgy, Fadd Gyöngyöspata, Veszprém stb. Polizeiliche Statistiken über die Ethnie der Straftäter werden nicht geführt, deshalb können allenfalls Vermutungen ins Feld geführt werden.

<sup>38</sup> Der Terminus wurde vom ungarischen Verfassungsgericht entwickelt (AB 95/2008. VII.3) und bezieht sich jeweils auf ein Publikum, das eingeschüchtert vor Ort die radikalen Meinungsäußerungen von jemanden ertragen muss ohne die Chance zu haben, den Ort zu wechseln.

Gewalt zu münden<sup>39</sup>. Das Grundrecht der freien Meinungsäußerung, der Versammlungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit der Garde hat seine Grenzen dort erreicht, wo rassistische, diskriminierende und die Menschenwürde verletzende Äußerungen zum Ausdruck gebracht wurden.

Nach dem Verbot der Garde gründeten sich mehreren Garden neu (Neue Ungarische Garde, Ungarische Nationalgarde, Ungarische Garde Bewegung), sie erreichten aber nicht mehr annähernd die Organisationskraft und Mitgliederzahl der ursprünglichen Garde, welche im Jahr 2008 bereits um die 1000<sup>40</sup> Mitglieder hatte. Dass die neuen Bewegungen nicht mehr so erfolgreich sein konnten, hängt zum Teil mit internen Skandalen und der Spaltung der Bewegung zusammen<sup>41</sup>, denen zufolge vermochten sie es nicht mehr, sich geschlossen neu zu gründen.

Der Gesetzgeber hat mit der Verschärfung des Ordnungswidrigkeits- und des Strafrechts reagiert<sup>42</sup>. Darüber hinaus nahm die Unterstützung von Jobbik für die Gardenbewegung erheblich ab. Als das rechtskräftige Urteil zum Verbot der Garde erging, hatte die Partei gerade ihren ersten bahnbrechenden Wahlerfolg bei den EP-Wahlen mit 14,77% und 427 773 Stimmen eingefahren. Die Garde und die stetige Thematisierung der Zigeunerkriminalität hatten maßgeblich zu diesem Erfolg beigetragen. Man ließ danach die Bewegung schrittweise absterben, akzeptierte nach außen hin

---

<sup>39</sup> Urteil des Berufungsgerichts unter der Nummer. 5.Pf.20.738/2009/7. Die Revision (rechtliche Überprüfung des Urteils) gegen das Urteil war nicht erfolgreich. Das Revisionsgericht hat in seinem Urteil (Kfv.X.37.783.2009.6) die Argumentation des Berufungsgerichts bestätigt. Im Urteil werden auch entsprechende Passagen von den vor Ort gehaltenen Reden zitiert („unsere Aufgabe ist es, die Bevölkerung gegen den Zigeunerterror und die Zigeunerhorden zu beschützen“ etc.). Kommentare zu dem Urteil aus der Fachliteratur: Nóra Chronowski/Miklós Kocsis, Jogerős ítélet a Magyar Gárda feloszlatásának ügyében – kommentárral, in: *Közjogi Szemle* (2009), H. 3., S. 60-62; Herbert Küpper, A Legfelsőbb Bíróság ítélete a Magyar Gárda feloszlatása ügyében. A Magyar Gárda Hagyományörző és kulturális Egyesület és az egyesületi szabadság korlátai, in: *Jogesetek Magyarázata* (2010) H. 2., 17-24.

<sup>40</sup> So die Schätzung von Jamie Bartlett/Jonathan Birdwell/Péter Krekó/Jack Benfield/Gabor Gyori, *Populism in Europe: Hungary*, a.a.O. (Fn. 27), S. 25. Offizielle Zahlen von der Garde bezüglich ihrer Mitgliedschaft gibt es keine.

<sup>41</sup> Absetzen von István Dósa. Landesweit bekannt wurde der Fall vom nachfolgenden Hauptkapitän der Garde, Róbert Kiss, der beim Betrug seiner Frau gefilmt wurde und in den entsprechenden Kreisen damit für eine Empörungswelle sorgte.

<sup>42</sup> Das neue Ordnungswidrigkeitsrecht (in Kraft getreten am 6.1.2012) verbietet in § 174 in drei verschiedenen Tatbeständen die Weiterführung von einer rechtskräftig verbotenen Organisation. Das zuvor geltende Ordnungswidrigkeitsrecht wurde nach dem Verbot der Garde durch eine Verordnung der Regierung erweitert (14.07.2009) und stellte in § 10/C die Mitwirkung in einer verbotenen Organisation unter eine empfindliche Geldbuße. Ca. zwei Jahre später wurde auch das Strafrecht verschärft, am 07.05.2011 trat § 217 des ungarischen StGB in Kraft. Die Tatbestände des Paragraphen verbieten, dass Private sich so verhalten, dass sie damit den Eindruck erwecken, sie seien (statt den Behörden) zuständig für die Herstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (sog. „Uniform-Kriminalität“). Der neue § 212/A des ungarischen StGB stellte zudem die Weiterführung einer verbotenen Organisation unter Strafe.

das Gerichtsurteil<sup>43</sup> und verschob die Programmatik in Richtung einer gegen die gesamte Elite gerichtete Politikerkriminalität. Zwar blieb auch danach, wenngleich nicht mehr mit derselben Intensität, das Problem der Zigeunerkriminalität auf der Tagesordnung. Für die Glaubhaftmachung diesbezüglicher Kompetenz<sup>44</sup> brauchte die Partei die Garde nicht mehr, wie der Erfolg der ein Jahr später (2010) erfolgten Parlamentswahl eindrucksvoll bezeugte.

### 3.4 Die Jahre der Erfolge (2009-2013)

Während die Jobbik 2006 im Wahlbündnis mit der MIÉP lediglich auf 2,2% der Stimmen kam, erhielt sie bei den EP-Wahlen am 07.06.2009 14,77% bei einer Wahlbeteiligung von 36%. Die Partei konnte mit diesem Wahlergebnis drei Abgeordnete (Krisztina Morvai, Zoltán Balczó, Csanád Szegedi<sup>45</sup>) ins Europaparlament schicken, also nur einen weniger als die Sozialisten (17,37%). Die Fidesz erreichte 56,36% der Stimmen und konnte damit 14 Abgeordnete ins Europaparlament entsenden, MDF mit nur 5,31% einen Abgeordneten<sup>46</sup>.

Der Wahlkampf von Jobbik wurde unter dem Slogan „Ungarn gehört den Ungarn“<sup>47</sup> geführt und war entsprechend auf nationale Themen zentriert. Der Kerngedanke des Wahlprogramms<sup>48</sup> stellte die

---

<sup>43</sup> Das Verbot wird von den eigenen Mitgliedern auch teilweise als ein auf politischen Druck zustande gekommenes Urteil bewertet. So zum Beispiel ein prominentes Mitglied der Partei, Zoltán Balczó, A Jobbik EP-kampánya a résztvevő szemével, a.a.O. (Fn. 31), S. 94. Auch im Parteiprogramm „Radikális változás“ [Radikale Veränderung], S. 71 ist die Rede von einer Auflösung der Garde auf der Druck der Regierung.

<sup>44</sup> Nach einer 2009 erfolgten Datenerhebung waren 66% der Jobbik-Wähler mit der Aussage einverstanden, dass „die Kriminalität im Blut der Zigeuner ist“, András Bíró Nagy/Dániel Róna, Tudatos radikalizmus. A Jobbik útja a parlamentbe, 2003-2010, a.a.O. (Fn. 20) S. 255, Fn 11. Ebenfalls nach einer Datenerhebung (S. 247) hielten im Frühling 2009 zweieinhalb Mal so viele Bürger im Vergleich zu den Jobbik-Wählern die Jobbik für die „kompetenteste Partei in der Zigeunerfrage“.

<sup>45</sup> Der ehemals zum radikalen Flügel gehörende EP-Abgeordnete Szegedi ist nicht mehr Mitglied der Partei. Nachdem seine jüdische Abstammung bekannt geworden ist, wurde er zum Rücktritt gezwungen. Offiziell bemängelte die Partei nicht seine jüdische Abstammung, sondern dass er diese – auch in seinem Biographie-Buch Csanád Szegedi, Hiszek Magyarország feltámadásában [Ich glaube an die Auferstehung Ungarns], Budapest 2012 – verschwiegen hätte und somit seine persönliche Glaubwürdigkeit verloren habe. In diesem Zusammenhang läuft aktuell ein Prozess von Szegedi gegen Előd Novák (Vizechef der Partei), da laut einer internen Email, Novák klargestellt habe, dass Szegedi wegen seiner jüdischen Abstammung zurücktreten sollte.

<sup>46</sup> Die Liberalen (SZDSZ) mit 2.16% sind leer ausgegangen. Wie eingangs erörtert, übersprangen die beiden ehemals größten und bedeutendsten „Transformationsparteien“ MDF und SZDSZ bei den Parlamentswahlen 2010 nicht mehr die 5%-Hürde.

<sup>47</sup> Offenbar wurde diese Idee von der Front National übernommen („Frankreich gehört den Franzosen“). Als Vorbilder dienten der Jobbik im Übrigen die modernen westeuropäischen rechtsradikalen Kräfte von Le Pen, Georg Haider sowie die italienischen und niederländischen rechtsradikalen Parteien. Vgl. dazu József Bayer, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in der ungarischen Politik, a.a.O. (Fn. 26.) S. 43.

<sup>48</sup> „Magyarország a magyaroké! A Jobbik programja a magyar érdek védelmében, a Nemzetek Európája megteremtéséért. [Ungarn gehört den Ungarn. Das Programm der Jobbik zum Schutz des ungarischen Interesses und für das Europa der Nationen.] Das Programm ist im Wesentlichen die Antizipation des ein Jahr

stärkere Vertretung der nationalen Interessen in den Vordergrund, an der Funktionsweise der EU wurde starke Kritik geübt. Wie bereits deutlich geworden, spielte auch die Zigeunerkriminalität eine entscheidende Rolle<sup>49</sup>. Konkrete Ziele der Jobbik sind diesbezüglich die Veränderung der sozialen Umverteilungssysteme: die Umstellung der Geldleistungen im Sozialhilfebereich auf Naturalleistungen und die Einführung der öffentlichen Pflichtarbeit im Gegenzug für Sozialhilfe<sup>50</sup>. Da in Ungarn vermutlich die meisten Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger aus der Roma Bevölkerung stammen, betrafen diese Veränderungen sinngemäß vor allem sie. Der Slogan lautete hier: „Wer nicht arbeitet will, soll auch nicht essen“.<sup>51</sup> Daneben befürwortet die Jobbik die Aufstellung, bzw. Wiederbelebung der ungarischen Gendarmerie (Csendőrség), welche als eine Art Sonderpolizei auf dem Lande Strafverfolgung und Prävention leisten sollte<sup>52</sup>. Die Verschärfung des Strafrechts und die Aufhebung der positiven Diskriminierung runden das Bild ab.

Auch in der Wirtschaftspolitik kam der nationale Zug der Programmatik zu Tage. Sie ist antiglobalistisch<sup>53</sup> und befürwortet die Bevorzugung ungarischer Klein- und Großbetriebe sowie den Schutz des ungarischen Bodens<sup>54</sup>. Daneben will man mit der Öffnung in Richtung Osten die Rückeroberung der russischen Märkte<sup>55</sup>. Einen wichtigen Punkt bildete auch der Anspruch, die hohe Staatsverschuldung Ungarns mit den Gläubigern nach zu verhandeln<sup>56</sup>. Auch wird hier schon der Programmpunkt sichtbar, der in den nächsten Jahren zu einem der neuen Schwerpunkte der politischen Kommunikation werden sollte. Das ist die Überprüfung der Privatisierung<sup>57</sup> und die Forcierung der Verantwortung aller Parteien und Persönlichkeiten, die an der gescheiterten Systemtransformation 1989/1990 beteiligt waren.

---

später erfolgten Grundsatzprogramms „Radikális változás“. So auch Lili Zentai, Utolsó előre fuss! A Jobbik hajrája 2010-ben a.a.O. (Fn. 27), S. 73. Abrufbar ist das Programm auf der Homepage von Jobbik: <http://www.jobbik.hu/sites/jobbik.hu/down/Jobbik-program2009EP.pdf> (Abruf am 21.05.2013).

<sup>49</sup> Magyarország a magyaroké! [Ungarn gehört den Ungarn], S. 28-29.

<sup>50</sup> Magyarország a magyaroké! [Ungarn gehört den Ungarn], S. 28.

<sup>51</sup> Radikális változás [Radikale Veränderung] (Wahl- und Grundsatzprogramm für die Parlamentswahlen 2010), S. 35.

<sup>52</sup> Magyarország a magyaroké! [Ungarn gehört den Ungarn], S. 26; Radikális változás [Radikale Veränderung], S. 66. Zur Csendőrség, siehe Fn. 33.

<sup>53</sup> Magyarország a magyaroké! [Ungarn gehört den Ungarn], S. 34 f.

<sup>54</sup> Magyarország a magyaroké! [Ungarn gehört den Ungarn], S. 38 f.

<sup>55</sup> Magyarország a magyaroké! [Ungarn gehört den Ungarn], S. 37.

<sup>56</sup> Radikális változás [Radikale Veränderung], S. 9.

<sup>57</sup> Magyarország a magyaroké! [Ungarn gehört den Ungarn], S. 38.



Nicht einmal ein Jahr später, 2010, hieß es bereits im Wahlkampf für die Parlamentswahlen: „Zwanzig Jahre für zwanzig Jahre!“ („húsz évet a húsz évért!“)<sup>58</sup>. Man machte mit diesem Slogan ausnahmslos, partei- und lagerübergreifend alle maßgeblichen, systemtransformierenden Eliten für die Misere der letzten zwanzig Jahre verantwortlich und schickte sie symbolisch ins Gefängnis. Die Partei wollte damit deutlich machen, dass entgegen dem Establishment sie selber in keine Korruptionsskandale verwickelt sei und somit den anderen Parteien auch moralisch unzweifelhaft überlegen.

Für die Parlamentswahlen 2010 änderte sich die Programmatik ansonsten nicht grundlegend. Sie ist im Grunde die Erweiterung des vorhergehenden Programms, gewann aber wesentlich an Detail und Professionalität hinzu. Übertragen ins Deutsche trug das Programm den Titel „Radikale Veränderung – Das Wahlprogramm der Jobbik für die nationale Selbstbestimmung und gesellschaftliche Gerechtigkeit“. Es ist 88 Seiten lang, anspruchsvoll gestaltet, übersichtlich gegliedert und nimmt zu allen wichtigen *policy*-Bereichen Stellung. Ein wesentliches Gliederungsprinzip formeller Natur ist die Einführung einer Vergleichsperspektive unter jedem einzelnen Programmpunkt, der die wesentlichen Maßnahmen und Misserfolge der vergangenen 20 Jahre (Rubrik: Die vergangenen 20 Jahre) betont und konträr dazu die eigene Programmatik vorstellt (Rubrik: Die schönere Zukunft<sup>59</sup>). Das Programm wurde als erstes vor allen anderen Parteien bereits am 16.01.2010 vorgestellt (ca. 4 Monaten vor den Wahlen). Damit wollte die Partei deutlich machen, dass sie ein eigenes, umfassendes und ernst zu nehmendes Programm hat<sup>60</sup>.

Eines der zentralsten Wahlkampfthemen war die Bekämpfung der Politikerkriminalität<sup>61</sup>. Die konkreten Vorschläge<sup>62</sup> dazu lauten u.a.:

- die Veröffentlichung der Agenten- und Informantenlisten aus der Zeit des Sozialismus

- die Aufhebung der Immunität der Parlamentsabgeordneten<sup>63</sup>

---

<sup>58</sup> Vgl. dazu die Analyse der Jobbik-Kampagne in 2010 von Lili Zentai, *Utolsó előre fúss! A Jobbik hajrája 2010-ben*, a.a. O. (Fn. 27), S. 72 f.

<sup>59</sup> Der Ausdruck „die schönere Zukunft“ verweist unmissverständlich auf die Grußformel der Gardisten. Diese begrüßten sich offiziell folgendermaßen: Auf die Ansprache „Gott soll uns geben“ folgte die Antwort „Eine schönere Zukunft!“. Hinzuweisen ist noch auf die Gesamtseitenzahl (88) des Programms, die zumindest in Deutschland eine Zuordnung in die neonazistische Symbolik bedeutet. In Ungarn ist die Bedeutung und das Bewusstsein über diese Zahl bei weitem nicht so verbreitet. Den Autor dankt hier Verena Wanner, die ihn darauf aufmerksam machte.

<sup>60</sup> Gábor Szabó, *A Jobbik 2010 kampányának a története és előtörténete*, in: Péter Sándor/László Vass (Hrsg.), *Magyarország Politikai Évkönyve 2010-ről. Kormányzat, Közpolitika, Közélet*, Budapest 2011 (DVD-Beilage, die dort versammelten Aufsätze weisen keine Seitenzahl auf).

<sup>61</sup> Lili Zentai, *Utolsó előre fúss! A Jobbik hajrája 2010-ben*, a.a.O. (Fn. 27), S. 81.

<sup>62</sup> Aufgezählt in „Radikális változás“ [Radikale Veränderung], S. 64.

- die Bekämpfung der Stellenanhäufung der Abgeordneten durch Einführung strenger Unvereinbarkeitsregelungen<sup>64</sup>
- die Einführung des sog. *recall*-s, also die Möglichkeit, dass der Wähler den gewählten Abgeordneten während des Parlamentszyklus durch Wahlen zurückruft<sup>65</sup>
- die Überprüfung des politischen Missbrauchs der letzten zwanzig Jahre
- das Verbot, dass hohe Funktionäre der ehemaligen Staatspartei, MSZMP („Magyar Szocialista Munkáspárt“ – Ungarische Sozialistische Arbeitspartei) und deren Jugendorganisation KISZ („Kommunista Ifjúsági Szövetség“ – Verbund Kommunistischer Jugend) wichtige Ämter des Staates (Minister, Bürgermeister, hohe Beamte) bekleiden
- die Verdoppelung des Strafmaßes für die Delikte, die von Politiker begangen werden

Dieser Maßnahmenkatalog widerspiegelt sehr deutlich die Tendenz einer Schuldzuweisung gegenüber der politischen (innerhalb derer vor allem in Richtung der Sozialisten) Elite und ist ein Zeugnis tiefen Misstrauens gegenüber der gesamten politische Führungsriege. Vor allem der letzte Punkt, die Verdoppelung des Strafmaßes für alle von Politikern begangenen Delikten, bringt eine deutlich populistische Anti-Establishment-Haltung zum Ausdruck.

Die Partei bekam aufgrund ihres Erfolges bei den EP-Wahlen nun auch vielmehr Medienberichterstattung in den Rundfunkanstalten. Im Internet war sie schon zuvor führend, was vermutlich mit ihrer jungen und internetaffinen Wählerschaft aus der digitalen Generation zusammenhängt<sup>66</sup>. Was die Parteiorganisation betrifft, konnte die Jobbik von 2009 bis Anfang 2010, dem Anfang der Wahlkampagne, ihre lokale Parteiorganisationen von 387 auf ca. 800 verdoppeln<sup>67</sup>. Sie hat damit ihre landesweite und lokale Präsenz erheblich verstärkt (in Ungarn gab es zu der Zeit

---

<sup>63</sup> Nach Ansicht der Jobbik hat sich die ursprüngliche Funktion der Immunität in ihr Gegenteil verkehrt. Statt den Abgeordneten die Umstände für ruhiges Arbeiten sicher zu stellen, nutzten diese die Immunität immer häufiger als Schutz vor Strafverfolgung in Korruptionsfällen. „Radikális változás“ [Radikale Veränderung], S. 64.

<sup>64</sup> In Ungarn sind einige prominente Abgeordnete mehrfachbeschäftigt, sie sind gleichzeitig Bürgermeister, Aufsichtsräte, Anwälte in Kanzleien und üben sonstige Beschäftigungen neben ihrer Abgeordnetentätigkeit aus. Ab den Parlamentswahlen 2014 wird das aufgrund der neuen Gesetzeslage nicht mehr möglich sein. Die neue gesetzliche Regelung erlaubt es beispielsweise nicht mehr neben der Abgeordnetentätigkeit das Amt des Bürgermeisters zu bekleiden.

<sup>65</sup> Dieser Punkt ist zwar nicht offiziell in das Programm aufgenommen worden, ist aber Teil der politischen Agenda von Jobbik.

<sup>66</sup> Eine detaillierte Analyse über das überaus aktive Facebook-Verhalten der Jobbik-Anhänger findet sich in der (englischsprachigen) Studie von Jamie Bartlett/Jonathan Birdwell/Péter Krekó/Jack Benfield/Gabor Gyori, *Populism in Europe: Hungary*, a.a.O. (Fn. 27), S. 15 f., S. 30 f.

<sup>67</sup> András Bíró Nagy/Dániel Róna, *Tudatos radikalizmus. A Jobbik útja a parlamentbe, 2003-2010*, a.a.O. (Fn. 20), S. 247-248.

176 Wahlbezirke<sup>68</sup>), wodurch die Aktivitäten auf der Straße und die Veranstaltung von Foren in den Gemeinden nochmal intensiviert werden konnten. Die Präsenz auf der Straße war auch deshalb für strukturell notwendig erachtet worden, weil aus Sicht der Jobbik ihr immer noch nicht die ihrer Bedeutung gemäße Medienpräsenz zukam<sup>69</sup>. Die Partei sah sich somit gewissermaßen dazu gezwungen, ihre Wahlziele und Kampagne dem Wahlvolk direkt auf der Straße zugänglich zu machen. Als ein wirklich selbst empfundener Zwang kann dies aber wohl deshalb nicht betrachtet werden, weil die Partei unabhängig von der zugewiesenen Medienpräsenz in Fernsehen und Rundfunk bereits von Anfang an großen Wert darauf gelegt hat, auf der Straße präsent zu sein, um so den Kontakt direkt mit dem Wähler zu suchen, den ihrer Meinung nach die etablierten Parteien durch ihre Abkapselung verloren hätten.

In diese Linie der tatsächlichen und selbst empfundenen Verstärkung fügte sich das öffentliche ausgegebene Ziel, die Wahlen gewinnen zu wollen. Entgegen aller Datenerhebungen, die solch einen Wählerzuwachs nicht wahrscheinlich erscheinen ließen, hat die Parteiführung die Lösung zur Glaubhaftmachung dieses Zieles ausgegeben, dass eigentlich schon zwei Drittel der Ungarn für Jobbik seien, sie es nur noch nicht wüssten.

Wie bereits in der Einleitung deutlich gemacht, veränderten die Parlamentswahlen 2010 die politische Parteilandschaft in Ungarn. Jobbik wurde zur drittstärksten politischen Kraft. Zwar musste die Partei in den vergangenen zwei bis drei Jahren seit den Wahlen einige parteiinterne Skandale<sup>70</sup> verbuchen, ihrer Unterstützung tat dies aber keinen Abbruch<sup>71</sup>. Sie hat sich als

---

<sup>68</sup> Das alte Wahlsystem ist durch die Reformen der Orbán-Regierung hinfällig. Statt zwei Wahlrunden gibt es nun eine (wie bspw. in Deutschland), die Größe des Parlaments wurde reduziert, von 386 auf 200, die Wahlkreise neu geordnet.

<sup>69</sup> Gábor Szabó, *A Jobbik 2010 kampányának a története és előtörténete*, a.a.O. (Fn. 61), DVD-Beilage, ohne Seitenzahlen. Jobbik hat nach den Angaben von Szabó für die Kampagne ca. 400 Millionen Forint (ca. 1.3 Millionen Euro) ausgegeben von denen die meisten Spendengelder waren. Man muss diesen Zahlen aber mit Vorsicht begegnen. Eine kritisch betrachtete Seite der ungarischen Parteifinanzierung ist, dass sie nach einhelliger Betrachtung intransparent und allenfalls „halblegal“ ist. D.h. die Parteien geben wesentlich mehr Geld aus, als sie offiziell haben oder ausgeben dürften. „Kritiker sprechen von staatlich organisiertem Diebstahl.“, so der Befund von András Körösesnyei/Gábor G. Fodor/Jürgen Dieringer, *Das politische System Ungarns* a.a.O (Fn. 1), S. 397.

<sup>70</sup> Eine kleine Übersicht findet sich in der Analyse von Lili Zentai, *Utolsó előre fuss! A Jobbik hajrája 2010-ben*, a.a.O. (Fn. 27), S. 83 f. Im Ausland bekannt wurde der Fall von Csanád Szegedi. Nachdem seine jüdische Abstammung bekannt wurde, musste er zurücktreten. Siehe aus der deutschen Publizistik: Spiegel Online (v. 16.08.2012), *Ungarische Rechtsextreme: Wie ein Jobbik-Kader seine jüdischen Wurzeln fand*, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-jobbik-abgeordneter-szegedi-entdeckt-juedische-wurzeln-a-850342.html> (Abruf am 20.05.2013). Insgesamt wurden vier Mitglieder aus der (ursprünglich: 47 Mitglieder) Parlamentsfraktion (ca. 10%) wegen öffentlichen Auseinandersetzungen, Stil und programmatischer Ausrichtung ausgeschlossen.

mittelgroße Partei etabliert. Laut den jüngsten Datenerhebungen ist Jobbik immer noch die drittstärkste Partei knapp hinter den Sozialisten<sup>72</sup>. Auffällig ist das junge Alter der Jobbik-Wähler: ca. 40% ihrer Anhänger sind unter 35 Jahren<sup>73</sup> und 23% unter den 18-29 Jährigen wählen die Partei<sup>74</sup>. Sie sind Teil einer digitalen Generation<sup>75</sup>, ihre Aktivität im Internet entspricht der Popularität der rechtsextremen Online-Medienwelt (bspw. kuruc.info<sup>76</sup>). Unter den Anhänger von Jobbik befinden sich anteilmäßig mehr Akademiker und Studenten als bei anderen Parteien<sup>77</sup> und dass 66% der Anhänger männlich sind<sup>78</sup> bestätigt den Befund, dass Parteien am rechten Rand Männerparteien sind<sup>79</sup>.

#### 4. Das programmatische Profil der Partei im Lichte der Radikalismus- und Extremismusforschung

Es ist wohl unstrittig, dass Jobbik eine antiliberalen, ethnozentrisch geprägte Programmatik aufgebaut hat; kulturell und wirtschaftlich ist sie stark anti-globalistisch und euroskeptisch ausgerichtet, sie befürwortet eine staatsinterventionistische, protektionistische Wirtschaftspolitik. Dies ist nicht nur das Ergebnis der wissenschaftlichen Analysen, sondern entspricht auch dem Selbstverständnis und Programm der Partei. Die Ansichten darüber, ob die Partei im Sinne der Radikalismus- und Extremismusforschung als radikal, extremistisch oder gar als neofaschistisch oder neonazistisch eingeordnet werden kann, gehen aber weit auseinander. Die Jobbik selbst bezeichnet sich als

---

<sup>71</sup> Die Partei hatte 2012 ca. 12 000 Mitglieder und ca. 37 000 Facebook-Fans, siehe: Jamie Bartlett/Jonathan Birdwell/Péter Krekó/Jack Benfield/Gabor Gyori, *Populism in Europe: Hungary*, a.a.O. (Fn. 27), S. 21.

<sup>72</sup> Siehe die Umfragewerte, Fn. 15.

<sup>73</sup> Jamie Bartlett/Jonathan Birdwell/Péter Krekó/Jack Benfield/Gabor Gyori, *Populism in Europe*, a.a.O. (Fn. 27), S. 23.

<sup>74</sup> József Bayer, *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in der ungarischen Politik*, a.a.O. (Fn. 26), S. 44.

<sup>75</sup> Die Studie von József Jeskó/Judit Bakó/Zoltán Tóth, *A radikális jobboldal webes hálózatai. (Jobbik: Egy network-párt természetrajza)* a.a.O. (Fn. 17) 81-101 analysiert umfassend das virtuelle Netzwerk der rechten Subkultur.

<sup>76</sup> Deziert antisemitisch, anti-ziganistisch und revisionistisches Nachrichten- und Meinungsportal. Eine sehr gut besuchte Homepage mit ca. 55 000 Besuchern pro Tag. Das ist zum Beispiel mehr als die Online-Version der landesweit größten und meistgelesenen konservativen Zeitung „Magyar Nemzet“ ([www.mno.hu](http://www.mno.hu)). Die Homepage steht an der vordersten Stelle, was die Anzahl die Besucheranzahl angeht. Quelle: [www.webaudit.hu](http://www.webaudit.hu) (Abruf am 20.05.2013).

<sup>77</sup> Jamie Bartlett/Jonathan Birdwell/Péter Krekó/Jack Benfield/Gabor Gyori, *Populism in Europe: Hungary*, a.a.O. (Fn. 27), S. 23. Die Vermutungen, dass die Wähler der rechtsradikalen Parteien in der „Unterschicht“ und unter den Verlierern der Systemtransformation überrepräsentiert seien, treffen auf die Jobbik jedenfalls nicht zu.

<sup>78</sup> Jamie Bartlett/Jonathan Birdwell/Péter Krekó/Jack Benfield/Gabor Gyori, *Populism in Europe*, a.a.O. (Fn. 27), S. 23.

<sup>79</sup> Cas Mudde, *Populist radical right parties in Europe*, Cambridge 2007, S. 90 f.

nationalradikal und lehnt Zuschreibungen wie extremistisch oder neofaschistisch kategorisch ab<sup>80</sup>. Vor einigen Monaten wurde in Ungarn der Geschichtsprofessor und Holocaustforscher, László Karsai, in einem Zivilrechtsverfahren erstinstanzlich (nicht rechtskräftig) verurteilt, weil er die Jobbik in einer Fernsehsendung ehrverletzend als eine neonazistische Partei bezeichnete<sup>81</sup>.

In der (eher ungarischsprachigen) wissenschaftlichen Literatur zum Thema Jobbik gibt es Stimmen, die die Einordnung der Jobbik auf der Theorieebene in die Kategorien der Extremismus- und Radikalismusforschung explizit ablehnen<sup>82</sup>, weil diese keine gesicherten Begrifflichkeiten hätten und die Qualifizierung deswegen mehr oder minder willkürlich verlaufe. Teilweise wird auch der Sinn dieser Forschung abgelehnt, wenn sie darauf hinausläuft, politischen Extremismus und Radikalismus anhand der Kriterien systemgegenerisch/systemkonform zu bestimmen<sup>83</sup>. Im Folgenden wird ein kurzer Überblick über die in der Literatur auffindbaren Einordnungen der Jobbik präsentiert<sup>84</sup>.

Mit Parolen wie „Ungarn gehört den Ungarn“, so der Befund von Barlai/Hartleb, sei die Partei rechtsextremistisch, romafeindlich und antisemitisch ausgerichtet und erfülle im Ergebnis alle Kriterien einer harten rechtsextremistischen Partei<sup>85</sup>. Diese Bewertung geht aber angesichts des

---

<sup>80</sup> Auf der Homepage der Jobbik ([www.jobbik.hu](http://www.jobbik.hu)) befindet sich ein sog. FAQ [Kiskaté] (frequently asked questions) über Jobbik. Die Frage ob Jobbik extremistisch sei, wird dort verneint (Abruf am 20.05.2013).

<sup>81</sup> Karsai muss sich per Brief bei der Partei entschuldigen und die Kosten des Verfahrens tragen. Gegen das Urteil hat er Berufung eingelegt. Das Urteil des Budapester Gerichts (19.P.22.708/2012/10) wurde kritisch aufgenommen. In deutscher Sprache sind die Einzelheiten des Umstandes in der Publizistik nachzulesen: Pester Lloyd (v. 22.03.2013), Entnazifizierung per Gerichtsbeschluss, <http://www.pesterloyd.net/html/1312jobbikneonazis.html> (Abruf am 21.05.2014).

<sup>82</sup> So Gergely Karácsony/Dániel Róna, A Jobbik titka. A szélsőjobb magyarországi megerősödésének lehetséges okairól, a.a.O. (Fn. 27), S. 33, die rechtsradikal und rechtsextrem als synonym gebrauchen. Ihrer Ansicht nach definieren sich diese Parteien praktischerweise durch Nationalismus, Xenophobie und durch Anti-establishment- sowie Autoritätsattitüden. Abgelehnt wird die theoretische Verortung auch von Dániel Róna/Anett Sörös, A kuruc.info nemzedék. Miért népszerű a Jobbik a fiatalok között?, in: (Andrea Szabó Hg.) Racionálisan lázadó hallgatók. Apátia – radikalizmus – posztmaterializmus a magyar egyetemisták és főiskolások körében, Szeged 2012, S. 1 – 42 (S. 2, Fn 5). Nach der Ansicht von Péter Krekó/Attila Juhász/Csaba Molnár, A szélsőjobboldal iránti társadalmi kereslet növekedése Magyarországon, in: Politikatudományi Szemle, XX. Jg. (2010), H. 2., S. 53 – 79, ist die Auseinandersetzung hierüber „unfruchtbar“ (S. 55).

<sup>83</sup> So explizit Péter Krekó/Attila Juhász/Csaba Molnár, A szélsőjobboldal iránti társadalmi kereslet növekedése Magyarországon, a.a.O. (Fn. 83), S. 54 f. Diese Kritik ist auch in der internationalen Forschung wahrnehmbar, bspw.: Richard Stöss, „Extremistische Parteien – Worin besteht der Erkenntnisgewinn?“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2008), H.47, S. 3-7; Cas Mudde, Radikale Parteien in Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2008), H. 47, S. 12-19.

<sup>84</sup> Die Publizistik in Ungarn wie in Deutschland scheint eher den Terminus rechtsextrem zu gebrauchen.

<sup>85</sup> Melani Barlai/Florian Hartleb, Extremismus in Ungarn, in: Eckhard Jesse/Tom Thieme (Hrsg.), Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden 2011, S. 414-428 (S. 422). Die Unterscheidung zwischen einem harten und weichen Extremismus geht auf Eckhard Jesse zurück. Extremistisch bedeutet nach dieser Theorie die Orientierung einer Partei am Maßstab verfassungsfeindlich/systemgegenerisch. Noch härter ist das Urteil von Jesse/Thieme, die die Jobbik als „militant rechtsextremistisch“ bezeichnen: Eckhard Jesse/Tom Thieme, Extremismus in den EU-Staaten. Theoretische und konzeptionelle Grundlagen, in: ders. (Hrsg.) Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden 2011, S. 11-32 (S. 32).

Kerns der von den Autoren befürworteten Extremismustheorie fehl<sup>86</sup>. Der harte Extremismus definiert nämlich die programmatische Einstellung und das Ziel der Partei, die Grundordnung des demokratischen Verfassungsstaates wie Demokratie (Parlamentarismus, Wahlen) und Rechtsstaatlichkeit (Gewaltenteilung), abschaffen zu wollen<sup>87</sup>. „Was sie [die harten Extremisten] verfechten, läuft auf die Errichtung einer Diktatur hinaus.“<sup>88</sup> Sie „lehnen den demokratischen Verfassungsstaat in toto ab und streben (mehr oder weniger) eine Diktatur an“<sup>89</sup>. Romafeindliche und antisemitische Züge der Jobbik-Politik mögen zwar extrem geschmacklos, verwerflich und kulturell in besonders hohem Maße geächtet sein, das Ziel den Verfassungsstaat abzuschaffen und eine Diktatur einzurichten, wie es die Theorie des harten Extremismus fordert, erfüllen sie indes nicht, zumal sich die Partei ausdrücklich zum demokratischen Verfassungsstaat bekennt und sich auch tatsächlich der institutionellen Grundordnung des Staates unterwirft.

Auch die Studie von Filippov kommt zu dem Ergebnis, dass die Jobbik eine rechtsextremistische Partei sei<sup>90</sup>. Allerdings versteht er unter Rechtsextremismus eine kulturell-politische Ausrichtung statt einer politisch-juristischen<sup>91</sup>. Seine Unterscheidung stützt sich zudem auf die Differenz von Rechtsextremismus zu Neonazismus und Neofaschismus. Parteien, die nicht die Ideologie der auf rassistischer Exklusivität aufbauenden und mit Demokratie und Rechtsstaat grundsätzlich

---

<sup>86</sup> Auch die Bewertung, Jobbik wecke Assoziationen zum Faschismus indem sie ein Denkmal für Miklós Horthy errichten wolle hinkt, vgl. dazu Melani Barlai/Florian Hartleb, *Extremismus in Ungarn*, a.a.O. (Fn. 86), S. 422. Ungarn war in der Zeit 1920-1944 eine autoritäre Demokratie mit regelmäßig stattfindenden Wahlen. Dieses System als faschistisch zu bezeichnen, ist ein Relikt kommunistischer Geschichtsschreibung. Siehe dazu aus der neueren Forschung: Dávid Turbucz, *Horthy Miklós*. Budapest 2011, S. 224 f.

<sup>87</sup> Extremismus ist laut Jesse/Thieme zu verstehen „als Absage an die grundlegenden Werte, Verfahren und Institutionen der Demokratie [...] Extremisten fordern den Alleinvertretungsanspruch als politische Kraft [...] Die Umsetzung der Ziele von Extremisten läuft auf eine Abschaffung oder Einschränkung des demokratischen Verfassungsstaates hinaus“. Eckhard Jesse/Tom Thieme, *Extremismus in den EU-Staaten. Theoretische und konzeptionelle Grundlagen*, a.a.O. (Fn. 86), S. 15.

<sup>88</sup> Eckhard Jesse/Tom Thieme, *Extremismus in den EU-Staaten. Zusammenfassung*, in: ders. (Hrsg.) *Extremismus in den EU-Staaten*, Wiesbaden 2011, S. 431-490 (S. 475).

<sup>89</sup> Eckhard Jesse/Tom Thieme, *Extremismus in den EU-Staaten. Theoretische und konzeptionelle Grundlagen*, a.a.O. (Fn. 86), S. 18 (Hervorhebung von mir, P. Cs.).

<sup>90</sup> Gábor Filippov, *A név kötelez. A szélsőjobb kutatásának terminológiai problémái*, in: *Politikatudományi Szemle*, XX. Jg. (2010), H. 3, S. 133 – 153 (S. 143 f.).

<sup>91</sup> Gábor Filippov, *A név kötelez. A szélsőjobb kutatásának terminológiai problémái*, a.a.O. (Fn. 91), S. 140. Bartlett-Bridwill/Kreko/Benfiel/Gyori, *Populism in Europe*, a.a.O. (Fn. 27) kommen aus ähnlichen Erwägungen (im englischsprachigen Raum) zu der Bestimmung, dass Jobbik eine „far right party“ ist (S. 13, S. 21 f.). Ähnlich, aber ohne eine Begründung zu nennen, bezeichnen Erin K. Jenne/Cas Mudde, *Hungary’s illiberal turn. Can Outsiders help?*, in: *Journal of Democracy* Jg. 23 (2012), S. 147-155, die Jobbik als „a far-right, nationalist and Euroskeptical formation“ (S. 152). Bei Jacques Rupnik, *Hungary’s Illiberal Turn. How things went wrong*, a.a.O. (Fn. 6) S. 136 heißt es über Jobbik, sie sei „the extreme right-wing movement [...] with its anti-Semitic and anti-Roma overtones“.

unvereinbaren Weltordnung weiterführen, dazu gehöre auch die Jobbik<sup>92</sup>, seien jedenfalls nicht als neonazistisch oder neofaschistisch zu qualifizieren<sup>93</sup>. Wenn man das Gedankengut von kuruc.info zum geistigen Kern der Jobbik zurechnen darf, dann ist diese Bewertung Filippovs, dass die Jobbik rechtsextremistisch sei, gerechtfertigt. Die Publizistik von kuruc.info ist tiefgreifend antiziganistisch, antisemitisch und revisionistisch<sup>94</sup>. Die von ihr veröffentlichten hetzerischen und beleidigenden Artikel verstoßen im ungarischen Rechtsraum ganz klar gegen Straftatbestände und lösen auch zivilrechtlich Schadensersatzpflicht aus. Dass die strafrechtliche Verfolgung nicht durchgesetzt und die anonymen Verfasser der Artikel nicht aufgedeckt werden können, hängt damit zusammen, dass der Server aus den USA betrieben und von dortigem Recht geschützt wird<sup>95</sup>.

Nach hier vertretener Ansicht erfüllt Jobbik in ihrer gegenwärtigen Ausrichtung nicht die Kriterien der sich an systemgegnersch/systemkonform orientierenden Extremismustheorie, sie ist folglich keine rechtsextremistische Partei in diesem Sinne. Dies folgt maßgeblich daraus, dass sie die grundlegenden Regeln des Parlamentarismus und des Rechtsstaates anerkennt<sup>96</sup>, ihre

---

<sup>92</sup> Gábor Filippov, A név kötelez. A szélsőjobb kutatásának terminológiai problémái, a.a.O (Fn. 91), S. 143 f. Vor allem führt Filippov berechtigterweise Argumente ins Feld, die Jobbik von Hungarianen, Nationalsozialisten und Pfeilkreuzlern unterscheidet. Diese würden sich nicht nur erheblich kulturell unterscheiden indem sie einen absoluten, exklusiv biologisch-basierten Rassenkampf propagieren, sondern auch dadurch, dass sie den Parlamentarismus aus prinzipiellen Erwägungen ablehnen und eine mit der demokratischen Verfassungsordnung in keiner Weise kompatible Weltordnung einrichten wollen (S.148). So auch im Ergebnis die Studie von András Bíró Nagy/József Dúró/András Hajdú/Dániel Róna, Nemzet és radikalizmus, in: András Láncki (Hrsg.), Nemzet és radikalizmus. Egy új pártcsalád felemelkedése, Budapest 2011, S. 7-34 (S. 9). Hervorgehoben wird nochmal (S. 11) dass im Unterschied zu Neonazismus und Neofaschismus, welche sich den Totalitarismus der Zwischenkriegszeit ideologisch zu eigen machen, die Radikalen dies nicht mehr teilen. András Bíró Nagy/Dániel Róna, Tudatos radikalizmus. A Jobbik útja a parlamentbe, 2003-2010, a.a.O. (Fn. 20) verwenden den Terminus „radikal“ (S. 242) bzw. „radikale rechte Partei“ (S. 248.).

<sup>93</sup> Etwas uneben ist die eher beiläufige Qualifizierung (der Artikel beschäftigt sich allerdings vordergründig mit Fidesz) bei Miklós Bánkúti/Gábor Halmi/Kim Lane Scheppele, Hungary's Illiberal Turn. Disabling the Constitution, in: Journal of Democracy Jg. 23 (2012) S. 138-146. Zunächst wird Jobbik als „the neo-Nazi right (Jobbik)“ bezeichnet (S. 138), einige Seiten später als „far-right“ (S. 142).

<sup>94</sup> Kuruc.info ist kein von Jobbik betriebenes Internet-portal, sondern betont seine unabhängige Stellung. Allerdings werden dort oft auf Veranstaltungen der Partei aufmerksam gemacht; auch gibt es einzelne Interviews, die Jobbik-Mitglieder aus der Führungsriege diesem Portal geben. Die partielle Zurechnung der Publizistik zum geistigen Ideenhaushalt der Jobbik ist also aufgrund dieser Verbindungen erlaubt.

Die Homepage führt extra Rubriken zu Zigeunerkriminalität, Juden-kriminalität, leugnet den Holocaust. Fidesz wird als eine Judenpartei bezeichnet, so auch die ehemaligen Liberalen (SZDSZ). Die Sozialisten als Kommunisten, die Roma abfällig als Affen, Orks und Dreck.

<sup>95</sup> Es wird seitens der Regierung seit geraumer Zeit erwogen einen lex kuruc.info zu schaffen, um das Erreichen der Homepage zu verunmöglichen.

<sup>96</sup> Vgl. auch das Programm „Radikale Veränderung“ [Radikális változás], das dem Thema Rechtsstaatlichkeit ein extra Kapitel widmet (S. 85-88). Zu einem anderen Ergebnis kann man allenfalls gelangen, wenn man der Partei eine Legalitätstaktik unterstellt, also davon ausgeht, dass sie diese Regeln nur vorübergehend aus machttaktischen Erwägungen akzeptiert. Diese Bewertung behält sich die von Jesse/Thieme befürwortete Theorie ihrer eigenen Immanenz gemäß vor. Dies hat freilich einen nahezu uferlosen Extremismusbegriff zur

Demonstrationen verlaufen friedlich, sie rufen nicht zur Gewalt auf. Hinzuweisen ist freilich auf die enormen Abgrenzungsschwierigkeiten in der empirischen Forschung<sup>97</sup>, welche die Theorie voraussetzt und die kaum ein abschließendes Urteil über eine Parteiformation erlaubt, die sich in der Grauzone des Rechtsradikalismus/Rechtsextremismus bewegt. Dies hat freilich auch die Konsequenz, dass man bei entsprechend anderer Bewertung der Faktenlage zu einem anderen Ergebnis kommen kann.

Abzulehnen ist auch die Qualifizierung als neonazistisch/neofaschistisch, weil Jobbik ganz erkennbar die Kernideologie des Totalitarismus, welcher die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie fremd sind, sich nicht zu eigen macht. Vielmehr handelt es sich hier um eine rechtsradikale Partei, welche kulturell und politisch das Inventar der rechtsradikal-populistischen Parteifamilie in sich vereint. Sie ist elitenfeindlich, fremdenfeindlich, ethnozentrisch ausgerichtet und propagiert ein antiquiert anmutendes, national-konservatives Weltbild. Sie orientiert sich an Vorbildern aus der westeuropäischen Parteienlandschaft, vor allem an der Front National. Sie verzichtet auf Gewaltanwendung und versucht ihre Zielsetzungen im Rahmen der parlamentarischen Demokratie zu verwirklichen. Die Gegnerschaft zur liberalen Demokratie ist unübersehbar, aber nicht die gegenüber der demokratischen Staatseinrichtung an sich. Soweit diese Unterscheidung infolge neuerer Forschung für sinnvoll erachtet wird, kann man der Existenz und Tätigkeit der Partei demokratiethoretisch sogar etwas Positives abgewinnen<sup>98</sup>. Neben ihrer Bedrohungsfunktion für den liberalen Gehalt demokratischen Wesens, wird die Korrekturfunktion solcher Parteien für verknöcherte und festgefahrene Diskurse hervorgehoben: „[...] it helps to give voice to groups that do not feel represented by the political establishment“<sup>99</sup>.

---

Folge. Vgl. dazu Eckhard Jesse/Tom Thieme, Extremismus in den EU-Staaten. Theoretische und konzeptionelle Grundlagen, a.a.O. (Fn. 86), S. 16.

<sup>97</sup> Cas Mudde, Radikale Parteien in Europa, a.a.O. (Fn. 84), S. 12.

<sup>98</sup> Cas Mudde/ Cristóbal Rovira Kaltwasser, Populism and (liberal) democracy: a framework for analysis, a.a.O. (Fn 99.), S. 20 f. Interessanterweise ist die Argumentation strukturell der Diskussion um die Ausweitung der direkten Demokratie in Deutschland sehr ähnlich. Dort wird auch die Korrekturfunktion direktdemokratischer Betätigung (und gleichzeitig das Bedrohungspotenzial durch Populismus) durch nicht gehörte Bevölkerungsgruppen und ihren Problemen betont gegenüber dem Kurs der politisch etablierten Eliten.

<sup>99</sup> Mudde/ Cristóbal Rovira Kaltwasser, Populism: corrective and threat to democracy, in: Cas Mudde/ Cristóbal Rovira Kaltwasser (Hrsg.), Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy?, S. 205-222 (S. 209).

An der Gegnerschaft zur liberalen Demokratie orientiert sich die Theorieentwicklung bei Cas Mudde. Damit vermeidet er die Unzulänglichkeiten der Extremismustheorie, die nur am Maßstab unterscheiden kann, ob eine Partei die Demokratie abschaffen und eine Diktatur einrichten will. Er hebt zudem die Multifunktionalität – Bedrohungs- und Korrekturfunktion – dieser Parteien für die liberalen Demokratien hervor. Siehe dazu: Cas Mudde/ Cristóbal Rovira Kaltwasser, Populism and (liberal) democracy: a framework for analysis, in: Cas Mudde/ Cristóbal Rovira Kaltwasser (Hrsg.), Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for



## 5. Ausblick

Es sprechen einige Gründe dafür, dass sich die Partei auf einem gemäßigten Konsolidierungskurs befindet. Um für eine breitere Wählerbasis attraktiver zu werden, wird der Schwerpunkt der Politik merklich in die Richtung der Lösung wirtschaftlicher Probleme verschoben<sup>100</sup>. Damit ist ein Kurs von weniger Ideologie zu mehr Pragmatismus eingeschlagen. Das neue Programm an dem die Jobbik arbeitet, setzt laut den Verlautbarungen vom Parteivorsitzenden Gábor Vona den Schwerpunkt klar auf die Wirtschaftspolitik (Schaffung von Arbeitsplätzen)<sup>101</sup>.

In einer Analyse über Jobbik weist Bayer darauf hin, dass „populistische Parteien in der Regel verschiedene Phasen ihrer Entwicklung durchlaufen“<sup>102</sup>. Diese würden in der Regierungsverantwortung oft an inneren Konflikten zugrunde gehen, weil sie ihr Programm im demokratischen Verfassungsstaat nicht durchsetzen könnten oder sie würden sich de-radikalisieren<sup>103</sup>. Das ist auch keine unwahrscheinliche Entwicklung für die Jobbik. Die Bemühungen der Partei, sich glaubhaft regierungsfähig und regierungsbereit zu zeigen, sind unverkennbar. Bereits bei den Wahlen 2010 hat man ein Schattenkabinett gebildet und einen Wahlsieg als Ziel ausgegeben. Für die Wahlen 2014 wird es für die Partei von zentraler Bedeutung sein, dass sie sich der Bevölkerung im wirtschaftlich gebeutelten Ungarn als eine verantwortungsvolle politische Kraft mit realistischen Lösungsansätzen für die Probleme zeigt.

Die auf Protest aufgebaute Wachstumsmöglichkeit der Partei durch Eliten- und Zigeunerfeindlichkeit sprechen zwar in Ungarn eine mehr als marginale Wählerschicht an. Wie die letzten Jahre es gezeigt haben – die Partei konnte keine Wähler dazu gewinnen – sind die Wachstumspotenziale durch diese Strategie bereits weitgehend ausgereizt. Um weiter zu wachsen, könnte es zu einer realen Option werden, dass die Partei sich für eine dauerhaftere De-radikalisierung der programmatischen Ausrichtung entscheidet. Wenn man allerdings die polarisierende Rhetorik der Jobbik nahestehenden Organe und Organisationen in der Entwicklung

---

Democracy?, S.1-26 (S. 18 f.). Zu diesen positiven Effekten zählt er beispielsweise, dass Populismus „can give voice to groups that do not feel represented by the elites, by putting forward topics relevant for a „silent majority“ (S. 21).

<sup>100</sup> Diese Tendenz konnte man ansatzweise auch schon am letzten Programm „Radikale Veränderung“ ablesen. Das Kapitel Wirtschaftspolitik steht nicht nur am Anfang des Dokuments, sondern es nimmt auch von dem insgesamt 88 Seiten starken Dokument den größten Umfang (ca. 25 Seiten) ein.

<sup>101</sup> „Hét Vezér Terve“ [Plan der sieben Fürsten]. Man möchte als konkrete Maßnahmen den Bergbau reaktivieren und ca. 5 Wasserkraftwerke bauen. Man erhofft sich daraus, dass ca. 100 000 Arbeitsplätze entstehen. Das hat Vona in einer Fernsehsendung über die Pläne der Partei am 05.03.2013 angekündigt: <http://jobbik.hu/videoink/vona-gabor-het-vezer-tervrol> (Abruf 20.05.2013).

<sup>102</sup> József Bayer, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in der ungarischen Politik, a.a.O. (Fn. 26), S. 52.

<sup>103</sup> József Bayer, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in der ungarischen Politik, a.a.O. (Fn 26), S. 52.

für maßgeblich und die wahre Stimme der Partei hält, dann drängt sich freilich der Verdacht auf, dass Konsolidierung hier nur Teil einer Strategie ist, die alles andere als Konsolidierung zum Ziel hat.

**Donau-Institut Working Papers**  
**ISSN 2063-8191**

---

**Kopien können bestellt werden bei:**

Universitätsbibliothek  
Andrássy Universität Budapest  
PF 1422  
1464 Budapest  
Hungary

Besuchen Sie uns auf unserer Homepage unter <http://www.andrassyuni.eu/donauinstitut>. Wir machen sie darauf aufmerksam, dass wir die Weitergabe des entsprechenden Working Paper einstellen, falls eine revidierte Version für eine Publikation an anderer Stelle vorgesehen ist.